

Schmidt, langweilte der Wirtschaftsprofessor in der Regierung durch seine dozierenden Vorlesungen so sehr, daß Schmidt sich jetzt vor Sitzungen des Wirtschaftskabinetts erkundigt, ob Schiller oder dessen Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt den Vorsitz führe. Wenn Schmidt hört, daß der Minister selbst erscheint, sagt er seine Teilnahme ab: „Dann kann ich mir das ja sparen.“

Dem populären Verkehrsminister Georg Leber bestreitet Schiller Urheberrechte: „Der Herr Kollege sollte nicht vergessen, daß der Leber-Plan in meinem Hause entwickelt wurde.“

Während Finanzminister Alex Möller vor dem Bundestag seine Haushaltsrede vortrug, nörgelte Schiller in der Parlamentslobby vor Journalisten, der Finanzminister treffe mit seinen Angriffen auf Strauß auch ihn. Schiller: „Ich stehe da doch in der Mitverantwortung, schließlich war ich mit Strauß in der Großen Koalition für die Wirtschaftspolitik zuständig.“

Alex Möller revanchierte sich. Hinter-sinnig lobte er Schillers Verhandlungskunst in den EWG-Gremien und empfahl: „Da ist er so gut, daß man ihm eigentlich ein Europa-Ministerium einrichten sollte.“

Im „persönlichkeitsbedingten Streit“ (Justizminister Gerhard Jahn) zwischen Schiller und Möller nahm Kanzler Brandt Partei. Als Schillers Pläne zur Konjunktur-Dämpfung gescheitert waren, vertraute Möller Freunden an: „In der ganzen Zeit stand der Kanzler immer auf der Seite des Finanzministers.“

Doch nicht nur die Fehden eigenwilliger Kabinetts-Stars gefährden den Erfolg von Brandts neuem Regierungstil. Die Teamarbeit der Mannschaft kann auch Ausfälle auf wichtigen Posten nicht wettmachen.

So erwies sich Arbeitsminister Walter Arendt bislang als Doppelversager. Weder gelang es ihm, mit Ansätzen gesellschaftspolitischer Reformen das anspruchsvolle innenpolitische Programm der Regierung Brandt voranzutreiben, noch konnte der frühere Bergarbeiterchef seine Gewerkschaftskollegen für die Konjunkturpolitik der Regierung gewinnen.

Auch der parteilose Wissenschaftsminister Hans Leussink blieb bislang die Rechtfertigung für den Ruf nach Bonn schuldig. Zum Desaster der westdeutschen Hochschulen fielen ihm in fünf Monaten Regierungszeit insgesamt 14 „Thesen zum Hochschul-Rahmengesetz“ ein, die bei Professoren, Assistenten und Studenten auf Ablehnung stießen.

Egon Franke, der Innerdeutsche Minister, hat das Kabinett bislang selten mit eigenen Gedanken aufgehalten. Sogar bei der Beratung über die Deutschlandpolitik, in der Kanzler Brandts Reise nach Erfurt vorbereitet wurde, blieb Altgenosse Franke stumm. Genscher über Franke: „Das schwieg er nur anders.“

Genscher selbst gibt im Kabinetts-Trio der FDP den Ton an. Geschickt managte der Innenminister die schwierigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst und machte Eindruck bei den Genossen. Ehmke: „Das hätte keiner so gut hingekriegt wie der Genscher.“

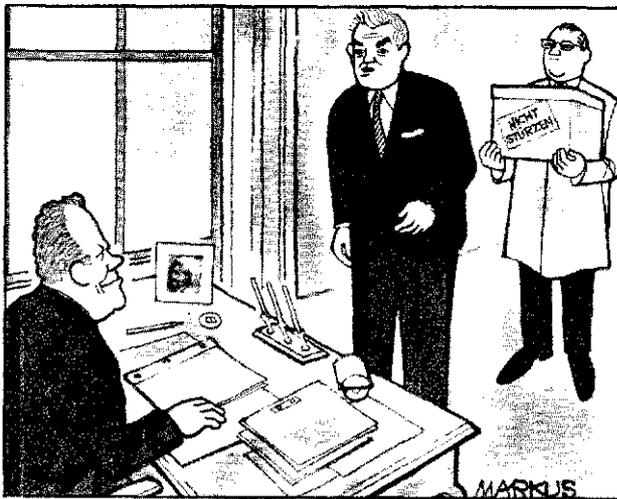
Um FDP-Chef Walter Scheel gegenüber seinem agilen Vize Genscher nicht zu sehr ins Hintertreffen geraten zu lassen, hofiert der Kanzler in Kabinettsberatungen häufig den Außenminister und konsultiert ihn demonstrativ vor versammelter Runde. Scheel, dem in der eigenen Partei schon vorgeworfen wurde, er verblasse

SPD-Fraktionsvorsitzende in seinem Reihengrundstück auf der Godesberger Höhen-Siedlung Heiderhof mit seinem Nachbarn Genscher und berät den Koalitionsfreund in Fragen der Partei-Organisation und -Taktik.

Obwohl Wehner keinen Platz im Kabinett hat, ist er für Brandts Regierungsrunde zum unentbehrlichen Mitregenten geworden. Können sich die Minister im Kabinett nicht einigen, verlagert Brandt die Entscheidung: „Da fragen wir erst mal unsere Fraktionsvorsitzenden.“ Schillers Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt bedauert deshalb: „Manchmal ist es ein Jammer, daß Wehner nicht mehr im Kabinett ist.“

Einmal in der Woche hat allerdings die gesamte Kabinettsrunde Wehner-Kontakt: Im Schaumburg-Kreis versammeln sich jeden Montag die Regierungsmannschaft und die Fraktionsführer zu einem Arbeitessen.

Intimere Verbindung zum Parteiweisen Herbert Wehner hält Kanzleramtsminister Horst Ehmke. Jeden Montagmorgen um 7.30 Uhr tritt Brandts Regierungsgeschehen beim Fraktionschef zum Frühstück an. In den ersten Amtstagen fragte Frühaufsteher Wehner den Nachtarbeiter Ehmke: „Ist das nicht zu früh für dich, Horst?“ Ehmke erwiderte tapfer: „Nein, ich stehe immer mit meinen Kindern auf.“



Aus „Stern“
„Es gibt noch einen Dauerauftrag deines Vorgängers, den wir stoppen müssen, Willy — monatlich drei Dutzend Weihrauchkerzen für das Arbeitszimmer des Kanzlers!“

neben dem Außenpolitiker Brandt, verteidigt sich so: „Das sieht alles nur optisch so schlecht aus, weil es in dieser Regierung zwischen dem Kanzler und Außenminister keinerlei Meinungsverschiedenheiten gibt. Was soll ich da machen?“

Als die Regierung bei der Vorbereitung des Erfurter Treffens das Angebot einer Doppelmitgliedschaft von Bonn und Ost-Berlin in den Vereinten Nationen erwog, machte Scheel etwas: Er wehrte Brandts Uno-Vorschlag ab, obwohl sich die FDP in ihrer Wahlkampfplattform vom Sommer 1969 schon zu diesem Plan bekannt hatte (SPIEGEL 13/1970). Der Vize-Kanzler wollte sich — zu einem späteren Zeitpunkt — selber mit dem Uno-Vorschlag schmücken. Scheel: „Bis zum Ende meiner Amtszeit ist die Wahlplattform verwirklicht.“

Beim pfleglichen Umgang mit dem kleinen Koalitionspartner hilft dem Kanzler der einstige FDP-Verächter Herbert Wehner. Häufig trifft sich der

BUNDESWEHRSPITZE

ZMIIDBw

Der Deutsche gilt als Meister der Organisation, oft auch als Fanatiker derselben.
Generaloberst Ludwig Beck, 1938

Bonn Wehrminister Helmut Schmidt pflegt deutsche Militärtradition. Schon der General Dr. Hans Speidel definierte vor 15 Jahren das althergebrachte Übel mit einem Satz: „Es hat noch nie eine ideale Spitzenorganisation der Armee gegeben, und wir werden auch in Zukunft keine haben.“

Seit anderthalb Jahrzehnten tüfteln die Organisatoren im Verteidigungsressort an einer Spitzengliederung der Bundeswehr, die gleichermaßen den Bedürfnissen des Militärs und den Erfordernissen der Demokratie entspricht.

Schmidt versprach schon vor seinem Amtsantritt, diese Aufgabe so gut wie vollkommen zu lösen: „Dies ist der einzige Punkt, den ich noch vor Abschluß meiner Bestandsaufnahme regeln werde.“

Drei Monate lang ließ der neue Hardthöhen-Herr Verfassungsrechtler, Militärjuristen, Organisatoren sowie ausgesiedelte und aktive Generale hinter verschlossenen Türen knobeln. Das Resultat, von Schmidt am letzten Montag verkündet, ist nach Ministermeinung „keine Patentlösung, nur ein erster Schritt“, nach Ansicht eines Ministergehilfen „ein winziger Schritt, viel weniger, als Schmidt eigentlich wollte, aber mehr, als die Organisationsleute für möglich hielten“.

Das Mäuslein, dem kreienden Hardtberg entsprungen: Die Inspektoren von Heer, Luftwaffe und Marine, bislang nur hohe Ministerialbeamte ohne eigene Befehlsgewalt, sind künftig Vorgesetzte ihrer Soldaten. Grund: Der Minister will Generale, die „für ihren Laden verantwortlich“ sind und die er deshalb auch für Mißstände zur Verantwortung ziehen kann.

Dem Selbstgefühl der Generale Albert Schnez und Johannes Steinhoff sowie des Admirals Gert Jeschonnek half Oberbefehlshaber Schmidt auf, indem er ihnen neue Briefköpfe gewährte: nicht mehr „Der Bundesminister der Verteidigung“, sondern „Bundesministerium der Verteidigung — Inspekteur des Heeres“ („der Luftwaffe“, „der Marine“). Und vor ihrer Unterschrift braucht nicht mehr „Im Auftrag“ (des Ministers) zu stehen.

Überdies dürfen die Inspektoren nun endlich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften aus eigener Machtvollkommenheit einsperren oder „besondere Leistungen“ durch „förmliche Anerkennung“ würdigen. Und damit sie diese neue Disziplinargewalt sachgemäß handhaben, teilte Schmidt jedem Inspekteur einen Rechtsberater zu.

Dem Bundeswehr-Generalinspekteur Ulrich de Maiziere bleiben solche Rechte versagt. Zwar ist er nach Schmidts Organisationserla weiterhin „militärischer Berater des Ministers und der Bundesregierung“, zugleich „höchster militärischer Reprsentant der Bundeswehr als ranghchster Soldat“. Als quasi-ziviler Hauptabteilungsleiter im Ministerium darf er auch den Inspektoren der Teilstreitkräfte — in ihrer Eigenschaft als Abteilungschefs — Anweisungen geben, als Generalinspekteur die Truppe besichtigend. Beides aber geht nur „im Auftrag des Ministers“. Militärische Befehlsgewalt im alltäglichen Dienst von Stben und Verbänden übt Maiziere nicht aus.

Damit ist die Stellung des obersten deutschen Soldaten gegenüber den auf Autonomie erpichten Chefs von Heer, Luftwaffe und Marine künftig ebenso schwach wie einst die des Reichskriegsministers Werner von Blomberg, der trotz des Titels „Oberbefehlshaber der Wehrmacht“ nicht gegen die selbstherrlichen Partikularfrsten der Wehrmachtsteile (Fritsch, Göring, Raeder) ankam.

Die Konkurrenz zwischen Wehrmachtspitze (OKW) und Heeresfhrung (OKH) nahm damals groteske Formen an. Das OKH verbot seinen Generalstblern den dienstlichen Verkehr mit Kameraden vom OKW. Heeres-Generalstabschef Ludwig Beck verfügte, für das OKW seien zwar „gute und zuverlässige Arbeiter, aber keine überragenden, zur Selbständigkeit neigenden Köpfe“ auszuwählen.

Die wehrmacheinheitliche Spitzengliederung mit einem Generalstab für die Führung aller Streitkräfte — Kennwort: „OKW-Lösung“ — scheiterte endgültig an der Machtfülle des Luftwaffen-Oberbefehlshabers Hermann Göring im NS-Staat.



Generalinspekteur de Maiziere
Verzichtet auf Befehlsgewalt

Die Oberkommandos von Luftwaffe und Marine blieben bis 1945 autonom — bis auf die Eingriffe Adolf Hitlers. Der Heeres-Generalstab hingegen mußte die Landkriegsfhrung im Norden, Westen und Süden Europas an den Wehrmacht-Führungsstab abtreten. Das Heer war nur noch für Rußland zuständig. OKH und OKW zankten sich bis Kriegsende um Divisionen, Panzer und Treibstoff.

Zehn Jahre später war bei den U-Planern der Bundeswehr im Amt Blank die Erinnerung an jenes lähmende Gerangel noch frisch. Nach dem Modell der — gescheiterten — OKW-Lösung strebten die führenden Köpfe (Speidel, Heusinger, Kielmansegg, Baudissin, Maiziere) die Bundeswehr-Lösung an: Ein oberster Führungsstab sollte Heer, Luftwaffe und Marine regieren, denen Reform-Graf Baudissin sogar einheitliches Tuch zugeordnet hatte.

Auch die Sozialdemokraten plädierten damals für die „reine Wehrmacht-Lösung“: alle drei Teilstreitkräfte un-



Luftwaffen-Inspekteur Steinhoff
Schmaler Machtgewinn

ter einem Generalstabschef, neben dem gleichrangig je ein Chef für Rstung, Verwaltung und Personal fungieren sollte.

Politische Behutsamkeit ließ es dann freilich geraten sein, das Verteidigungsministerium doch lieber nach den Regeln der „Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien“ zu organisieren, genauso wie etwa das Finanz- oder das Wirtschaftsressort. Die Stäbe von Heer, Luftwaffe und Marine rangierten als Ministerialabteilungen auf einer Ebene gleichberechtigt neben der koordinierenden Abteilung „Streitkräfte“. Außer dem Minister konnte niemand niemandem etwas befehlen.

Zum Mißtrauen der Politiker gegen eine militärische Führungsmannschaft mit Generalstabs-Attitüde trat dann der Eigensinn des ersten Luftwaffenchefs Josef Kammhuber, der keinen militärischen Vorgesetzten über sich dulden mochte. Selbst die bundeswehreinheitliche Führungsakademie in Hamburg war nur gegen zähen Widerstand der Flieger durchzusetzen.

Der jetzige Luftwaffen-Inspekteur Johannes Steinhoff zeigt seine Abneigung gegen die Hamburger „Strategen-Ausbildung“ noch offener als ehemals Strauß-Proteg Kammhuber. Steinhoffs Plan, das Training der Luftwaffenstbler in eigener Regie mit Schwerpunkt Technik zu straffen, scheiterte am Veto Maizires, der noch ein zweites, viel einschneidenderes Steinhoff-Projekt stoppte: ein Luftwaffen-Oberkommando außerhalb des Ministeriums unter Führung des Inspektors, der zugleich, um den direkten Zugang zum Minister offenzuhalten, auch Leiter einer Rumpfabteilung auf der Hardthhe bleiben wollte.

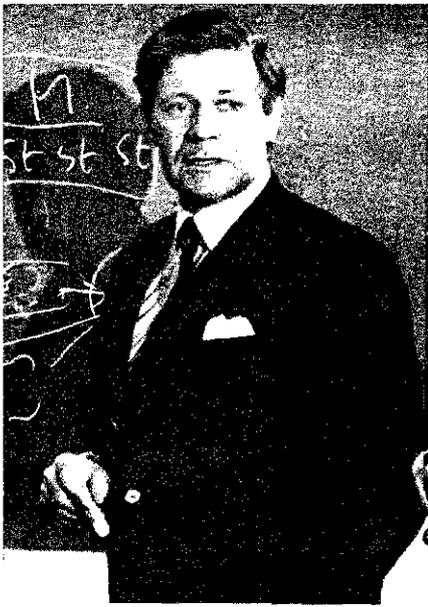
Während sich Heeres-Schnez und Marine-Jeschonnek zumindest in der Öffentlichkeit zurückhielten, verfochten Maiziere und Steinhoff ihre Maximalforderungen — hie Bundeswehr-Lösung, hie Inspektors-Allmacht — so hartnäckig, daß keiner der beiden mit Schmidts Entscheidung vom letzten Montag sonderlich zufrieden sein kann.

Dem Generalinspekteur obliegt nun vor allem.

- die Verteidigungskonzeption — soweit nicht Sache der Nato — zu entwerfen und, nach Plazet des Ministers, zu verwirklichen,
- die Lage der Bundeswehr im Vergleich mit dem potentiellen Gegner zu beurteilen und die Planung der Streitkräfte daran zu orientieren,
- die Grundsätze für Innere Führung, Erziehung, Bildung und Ausbildung festzulegen.

Um diese Aufgaben zu erfüllen, bedient sich Maiziere seines Führungsstabes und der „Zentralen Militärischen Dienststellen der Bundeswehr (ZMilDBw)“. Auch über sie hat er freilich keine Befehlsgewalt („Ich habe selber darauf verzichtet“).

Die frisch gebackenen Disziplinarherren über Heer, Luftwaffe und Ma-



Verteidigungsminister Schmidt
„Keine Patentlösung“

rine dagegen befehligen, nur noch dem Minister unterstellt und unabhängig vom Generalinspekteur, ihre Teilstreitkräfte. Insoweit sind sie allein verantwortlich für Einsatzbereitschaft, Waffen und Ausbildung der Truppe.

Angesichts des schmalen Machtgewinns der Inspektoren, der an diesem Montag wirksam wird, konnte Schmidt Anfang vergangener Woche vorschnelle Pressekommentare, die von einem Sieg der Teilstreitkräfte über Maizières sprachen, mit gutem Grund zurückweisen: „Eine törichte, an Prestige Gesichtspunkten orientierte Betrachtungsweise.“

ACHENBACH

Langjähriger Doppeldecker

Ernst, da ist auch was für dich drin.“ Mit dieser Zusage warb FDP-Chef Walter Scheel einen Tag nach der Bundestagswahl um die Stimme seines rechten Parteifreunds Ernst Achenbach für die Koalition mit der SPD.

Achenbach ging auf den Handel ein. Scheel wurde Außenminister und will jetzt seine Schuld begleichen.

Anfang März entsandte der AA-Chef einen Vertrauten nach Paris, um französische Vorbehalte gegen die Berufung des FDP-MdB und früheren Gesandtschaftsrats an Hitlers Frankreich-Mission zu einem der deutschen EWG-Kommissare abzubauen. Scheels Emissär hatte eine Dokumentensammlung im Gepäck, mit der er den Franzosen beweisen sollte, daß der EWG-Kandidat im Zweiten Weltkrieg „unverschämt vielen Leuten helfen und sie vor Nazi-Verfolgung retten“ konnte (Achenbach).

Nach Scheels Plänen, die er zuvor mit dem sozialdemokratischen Koalitionspartner abgestimmt hatte, soll Achenbach Nachfolger des deutschen Vizepräsidenten der Europa-Kommission Fritz Hellwig (CDU) werden. Denn die sechs Mitglieds-Länder der Brüs-

seler Behörde müssen sich nach einer Absprache bis zum 1. Juli dieses Jahres auf ein Revirement geeinigt haben.

Noch ist freilich unsicher, ob Frankreich seine Bedenken gegen Scheels Achenbach aufgibt. Als Bonns Außenamtschef bei seinen niederländischen und luxemburgischen Kollegen Joseph Luns und Gaston Thorn während einer Brüsseler Ministerrats-Tagung vorführte, rieten beide zur Vorsicht. Einen ehemaligen Gesandtschaftsrat Hitlers und Freund des nach der Befreiung Frankreichs hingerichteten Kollaborateurs Pierre Laval (Ministerpräsident der von Hitler gestützten Vichy-Regierung) werde Paris, so vernahm Scheel, wohl schwerlich als europäischen Spitzenbeamten akzeptieren.

Scheels Bemühungen, den Achenbach-Wechsel einzulösen, hatten schon kurz nach der Regierungsbildung begonnen. Bei einem Treffen in Scheels Villa auf Bonns Venusberg — Achenbach half seinem Parteichef bei der Formulierung des außenpolitischen Teils der Regierungserklärung — fragte der neue Diplomaten-Dienstherr den Gesandtschaftsrat a. D.: „Wie ist das, Ernst, bist du nicht an einem Botschafterposten interessiert?“ Achenbach, 60, winkte ab: „Botschafter? Nicht für einen Wald von Affen.“

Der Essener Rechtsanwalt, der 1947/48 bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen Angeklagte der IG Farben und des Auswärtigen Amts verteidigt hatte, machte einen Gegenvorschlag: „Ich würde ganz gern nach Brüssel gehen, da ist doch bald ein Wechsel bei den Hohen Kommissaren.“ Für den Europa-Job fühle er sich besonders qualifiziert. Schließlich sei er seit zehn Jahren Mitglied in europäischen Organisationen und habe als Vorsitzender des Unterausschusses für Währungsfragen im Europa-Parlament viele britische und französische Freunde gewonnen. Achenbach: „Ich bin doch ein liberales Weltkind.“

Des Weltkinds EWG-Kandidatur wurde in den FDP-Gremien zunächst



EWG-Kandidat Achenbach
„Wir mußten bramabasieren“

mit Reserve aufgenommen, denn schon seit 1953 ist Achenbach den eigenen Parteifreunden suspekt. Damals mußte er als Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der FDP zurücktreten, weil er nach Ansicht vieler Liberaler eifertig die Verteidigung des ehemaligen Staatssekretärs im NS-Propagandaministerium, Werner Naumann, übernommen hatte. Naumann wurde seinerzeit vorgeworfen, er habe mit ehemaligen führenden Nationalsozialisten die FDP unterwandern wollen.

In der FDP-Spitze meldeten Linkliberale auch wegen Achenbachs Vergangenheit im Dienst des NS-Außenministers Joachim von Ribbentrop Bedenken an. Präsidiumsmitglied Karl Moersch: „Ein langjähriger Doppeldecker, dieser Achenbach.“

Die Kritiker stießen sich besonders an einem Telegramm, das Achenbach am 15. Februar 1943 aus Paris an das Berliner AA geschickt hatte. Darin berichtete der Gesandtschaftsrat, zwei deutsche Offiziere seien auf dem Weg in ihre Unterkunft „von hinten beschossen“ worden. „Als einstweilige Sühnemaßnahme“, so Achenbach damals, „ist geplant, 2000 Juden zu verhaften und nach dem Osten zu bringen.“

Achenbach heute: „Das Telegramm habe ich abgeschickt, um Stülpnagel (den deutschen Militärbefehlshaber in Frankreich) zu schützen, der ja nun wirklich ein Widerstandskämpfer war. Wir mußten bramabasieren und so tun als ob, dann lief es meistens gut.“ Tatsächlich seien die Juden auch nicht deportiert worden.

Im FDP-Präsidium empfahl Moersch, das Brüsseler Amt dem früheren Parteichef Mende anzutragen: „Dann sind wir ihn los.“ Knut von Kühlmann-Stumm, ehemals Vorsitzender der Bundestagsfraktion, widersprach: „Der ist doch als IOS-Mann abgestempelt, das können wir nicht machen.“

Andere FDP-Präsidiale schlugen vor, Ex-Bundesfinanzminister Heinz Starke, den früheren NRW-Wirtschaftsminister Gerhard Kienbaum oder den Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Landwirtschaftsministerium, Hans Friderichs, zu benennen. Doch Starke und Kienbaum wollten nicht, und das Urteil über Friderichs lautete: „Der ist einfach noch zu jung.“

So gelang es Scheel schließlich, seinen Kandidaten in der eigenen Partei durchzusetzen. Gegen französische Einwände munitionierte Achenbach („Ich weiß, daß ich in Brüssel sehr nützlich sein werde“) seinen Parteichef mit Persilscheinen.

Obwohl Scheels Paris-Emissär ohne bindenden Bescheid zurückkehrte, gab sich der Außenminister zuversichtlich: „Wenn die Franzosen mitmachen, dann kriegen wir auch die Holländer und die anderen.“ Selbst eine Anti-Achenbach-Kampagne westlicher Zeitungen schätzte Scheel gering: „Mag sein, daß es 14 Tage lang Wirbel dort in der Presse geben wird. Aber dann kommen wir mit den Dokumenten, und alles ist schnell vergessen.“